

Kommentare

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **71 (1991)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Biblische Texte als Erzählungen

Von Walter Benjamin theologisch lernen

In einer Adventsbetrachtung aus der Feder eines Pfarrers war zu lesen, die Weihnachtsgeschichte sei ein Märchen. Dieser erstaunlichen Aussage gingen einige Erklärungen voraus darüber, was Märchen sind: Es handle sich dabei keineswegs um Belanglosigkeiten, sondern im Gegenteil, die «Mär» weise eine Wortverwandtschaft mit dem Adverb «mehr» auf, in einem Märchen stecke also «mehr» als das, was sich dem ersten Hinhören erschliesst. Im übrigen erhelle der Anspruch, wonach die Weihnachtsgeschichte historisch richtig sei, deren Gehalt nicht, sondern verdecke ihn. – Trotz diesen Erklärungen erhielt der Verfasser einen scharfen Telefonanruf vom Prediger einer Freikirche. Der nahm die Weihnachtsgeschichte in Schutz, tadelte den Aufsatz als Gotteslästerung und wollte der Auffassung, wonach biblische Geschichten etwas grundlegend anderes sind als Agenturberichte, durchaus nichts abgewinnen. Das Gespräch endete mit dem Eindruck, dass die gemeinsame Sprache zwischen der theologisch verantworteten Verkündigung und dem biblizistischen Fundamentalismus beklemmend gering geworden ist.

Es sei zugegeben, dass der Vergleich mit dem Märchen nicht optimal ist. Er war sozusagen ein Notbehelf. Besser ist es, die biblischen Geschichten «Erzählungen» nach der Begrifflichkeit von *Walter Benjamin* zu nennen. Was ein Erzähler ist, hat Benjamin am Beispiel von *Nikolai Lesskow* eindrücklich dargelegt

(*Walter Benjamin*, «Der Erzähler»¹). Erzählen können, das ist etwas besonderes, nicht erst heutzutage, sondern seit geraumer Zeit. Erzähler vom Zuschnitt eines *Lesskow* sind selten geworden. Ihr Seltenheitswert erschliesst sich dem Leser von Büchern so gut wie dem Nichtleser. Denn die Mutter jeder literarischen Arbeit ist die gesprochene Erzählung. Und immer seltener wird die Begegnung mit Leuten, welche wahrhaft etwas erzählen können. Was es dazu braucht, ist uns abhanden gekommen: Die Sprache, die Zeit und die Erfahrung. Welche von den dreien zuerst entschwand, ist gleichgültig, denn sie gehören zusammen; sie kommen und gehen gemeinsam oder höchstens mit belangloser Verzögerung.

Das Koordinatennetz der zeitgenössischen Literatur sind Autorennamen. Schwer vorstellbar, dass es eine Zeit gab, da sich der Literat nicht mit Originalität, sondern mit der Treue zu dem, was durch die Mäuler von Namenlosen an sein Ohr gedrungen war, qualifizierte. Völlig unvorstellbar, dass es vordem eine Zeit gab, da kein Mensch nach dem Namen eines Schriftstellers auch nur fragte. Dieser Übergang von der Erzählung als Allgemeingut zum Roman als Erzeugnis des abgeschiedenen Autors hängt zusammen mit jener bahnbrechenden Erfindung, welche eigentlich dazu bestimmt war, das vorhandene Schrifttum allgemein zugänglich zu machen: mit dem Buchdruck. Aber wie es die Hilfsmittel meistens tun, so geschah

es auch hier: Die Magd emanzipierte sich und wirkte auf ihre Herrin (die Literatur) zurück. So gedieh die Volkserzählung zum Roman, und an die Stelle der namenlosen Erzähler trat der ruhm-beladene Romancier. Walter Benjamin nennt als ersten Wurf dieser Gattung den *Don Quijote* von *Cervantes*. Die Seelengrösse, Kühnheit und Hilfsbereitschaft dieses Edelmannes sei von jeglichem Rat gänzlich verlassen und enthalte nicht den kleinsten Funken Weisheit. Das unterscheide ihn und die Literaturgattung, die er repräsentiert, von der Erzählung. Diese sei auf praktische Interessen angelegt und erteile offene sowie vor allem versteckte Ratschläge.

Dem Wort «Zahl», von dem der Begriff des Erzählens abgeleitet ist, liegt die indogermanische Wurzel «del» zugrunde. Sie bezog sich ursprünglich auf den Akt des Kerbens, Schnitzens und Behauens. Kerbhölzer zum Zählen und Abrechnen waren noch im Mittelalter gebräuchlich. Mit ihrer Hilfe wurden abstrakte Masseinheiten konkretisiert. Da nun bereits althochdeutsch «zala» nicht bloss «Zahl, Menge», sondern auch «Bericht, Rede» bedeutet, darf man in der Erzählung von fernliegenden Ereignissen einen analogen Vorgang erkennen: Unbekanntes und Abstraktes wird durch die Rede konkretisiert und gewinnt greifbare Gestalt. Dem Hörer wird etwas «kundgetan» (so auch das Bedeutungsfeld des hebräischen Ausdrucks), so dass er daran Anteil bekommt. Erzählt er es weiter, so fliesst sein Anteil ein, weil die Sprache ihn schöpferisch berührt hat. So liegt die Realität der Erzählung sowohl in der Treue zum Vernommenen als auch in der Bejahung der eigenen Rezeption.

Demgegenüber wurde der Roman im 14./15. Jahrhundert zum Inbegriff abenteuerlicher Ritterdichtungen. Seine

Hauptgestalt ist ein Held, und folgerichtig greift das spätere Adjektiv «romantisch» bis in den Bereich des schwärmerischen, ja sentimental hinüber. Was in der wahren Erzählung noch Hand in Hand geht, nämlich der eigentliche Bericht und die Konturen des Erzählers, zerfällt allmählich in verschiedene Gattungen sprachlicher Erzeugnisse.

Es mag einigermaßen erstaunen, dass sich zwischen Erzählung und Roman eine derartige Kluft auftun soll. In der Tat tritt diese Kluft mehr und mehr in den Hintergrund angesichts einer dritten Form der Mitteilung, welche, so Benjamin, mit der Herrschaft des Bürgertums auf den Plan trete und zu den wichtigsten Instrumenten im Hochkapitalismus (allerdings wohl auch im Hochkommunismus) gehöre. «Und es zeigt sich, dass sie der Erzählung nicht weniger fremd aber viel bedrohlicher als dem Roman gegenübertritt, den sie übrigens ihrerseits einer Krise zuführt. Diese neue Form der Mitteilung ist die Information.»

Hätte Walter Benjamin geahnt, dass selbst aus der Information noch neueres, nämlich die Boulevardpresse und das Fernsehen hervorgehen und die Sprache als solche diskreditieren würden, so wäre vielleicht sein Urteil über die seinerzeitige Information milder ausgefallen. Das würde am Verhältnis zwischen Erzählung, Roman und Information freilich nichts ändern, und es fragt sich ohnehin, ob die Entwicklung zur niedrigen Form nicht schon in der seriösen Information wesensmässig angelegt ist.

Auf jeden Fall ist die Information diejenige Form der Mitteilung, von der der Zeitgenosse am stärksten geprägt ist. Sie versetzt ihn in die Lage, die Ereignisse in aller Welt mit erstaunlicher Kompetenz zu beurteilen. Zugleich hat sie ihm jedoch die Fähigkeit zu erzählen, ja sogar Erzählungen zu hören, unmerklich

wie ein Taschendieb entwendet. Deshalb stehen wir erzählenden Texten aus vergangenen Zeiten ratlos, wenn auch mit artigem Respekt, gegenüber. Diese Ratlosigkeit bestimmt auch unser Verhältnis zu den biblischen Schriften. Ihre Position als Volksgut ist mit dem Niedergang der Erzählung in schwere Bedrängnis geraten; denn sie sind selber weitgehend Erzählungen, um nicht – zumindest von einigen – zu sagen: Märchen.

Das lässt sich an zahlreichen Beispielen darlegen. Wir beschränken uns auf den Bereich der Urgeschichte, 1. Mose 1 bis 11. Im dritten Kapitel finden wir die Geschichte von Adam und seiner Frau, welche von einem Baum essen, weil sie, so die Schlange, davon würden wie Gott und wüssten, was gut und böse ist. Die Folge dieses Genusses ist freilich eine ganz andere, nämlich eine Entfremdung untereinander sowie eine Entfremdung zwischen dem Menschen und Gott.

Diese Erzählung muss neu übersetzt und entdeckt werden. Denn es stimmt ja nicht, dass hier die Grundlagen existentieller Geworfenheiten gelegt, geschweige denn, dass eine «Erbsünde» begangen wird. Auch in dieser Erzählung überwiegt der Heilswille Gottes. Das muss anderwärts gründlich aufgewiesen werden. Eines steht jedoch fest: Historische Authentizität wird von einer solchen Geschichte nicht beansprucht, um so weniger, als «Adam» «Mensch» heisst. Entsprechende Nachforschungen vermögen auch den Text nicht zu erhellen. Das gleiche gilt für die ganze Urgeschichte (Schöpfung, Kain und Abel, Noah, Turm zu Babel), aber auch für die sogenannten geschichtlichen Bücher des Alten Testaments. Obschon diese durchaus historische Ereignisse zum Gegenstand haben (Landnahme,

Richterzeit, Königszeit), sind sie von Historie im modernen Sinne weit entfernt. Die Evangelien ihrerseits verstehen sich ebensowenig als historische Protokolle. Theologen des 19. Jahrhunderts haben ja bis zur Neige ausprobiert, wohin es führt, wenn man die Evangelien als «Quellen» behandelt und aus ihnen das Leben Jesu schlüssig abzuleiten trachtet. Sie standen schliesslich vor dem gleichen Abgrund, den *David Friedrich Strauss* in seinem ersten «Leben Jesu» bereits 1835 erkannt hatte. *Albert Schweizer* zieht die Bilanz der Leben-Jesu-Forschung so: «*Geschichtliche Erkenntnis kann wohl Klärung vorhandenen geistigen Lebens bringen, aber niemals kann sie Leben wecken. Sie vermag Gegenwart mit Vergangenheit zu versöhnen, Gegenwart bis zu einem gewissen Grade in Vergangenheit hineinzulegen: aber Gegenwart aufzubauen ist ihr nicht gegeben.*»

Wahre Erzählung, so Benjamin, ist eben nicht darauf aus, das pure «an sich» zu überliefern wie eine Information oder eine Reportage. Sie taucht ihren Inhalt ins Leben des Übermittlers ein, um ihn wieder daraus hervorzuholen. So haftet an ihr die Spur des Erzählenden wie die Spur der Töpferhand an der Tonschale. Oft beginnt der Erzähler mit der Darstellung der Umstände, unter denen er das Nachfolgende erfahren hat, wenn er es nicht schlichtweg als selberlebt ausgibt. (Gerade in den biblischen Schriften bleibt die Position des Erzählers weitgehend im dunkeln. Manche verstecken sich gar hinter fremden Namen.) Zugleich hüten sich Erzählungen vor klärendem Beiwerk. So vermeiden sie ihre eigene Verausgabung und bewahren ihre Kraft zur Entfaltung auch nach langer Zeit. Je konsequenter der Verzicht auf psychologische Schattierung, desto sicherer der Platz im Ge-

dächtnis des Hörers und damit im Weisheitsschatz des Volkes.

Ist demnach die Verkündigung im Gottesdienst, welche biblische Erzählungen auslegt, ein Unfug? – Sie wäre es selbst dann nicht, wenn die Fähigkeit zu erzählen im Volke noch lebendig wäre. Denn die Heilige Schrift weist neben erzählerischen auch bedeutende lehrhafte Stücke auf. Deren Verständnis ist allein durch theologische Kleinarbeit am Text zu gewinnen. Darüber hinaus lastet auf der Theologie nun eben die Aufgabe, tauben Hörern Erzählungen beizubringen. So wie sich die Architektur mit der Statik behilft, weil wir die funktionale Aussagekraft der Formen nicht mehr verstehen, so springt die Theologie in die Lücke der verlorenen Erzählkultur. Die Theologie ist gleichsam die Statik der kirchlichen Verkündigung. Sie – und allzuoft sie allein – vermag mit ihren Untersuchungen und Hilfsmitteln den Weg zu weisen, den ein biblischer Text mit uns geht.

Nähert sich nun der informations- und informatikgewöhnte Zeitgenosse mit religiösem Heisshunger den biblischen Erzählungen, so geschieht ein fatales hermeneutisches Unglück: Er liest die Texte als Information. Anstatt sich selber in den Erzählungen zu suchen, postuliert er deren historische Richtigkeit. Die völlig nebensächliche Frage, ob die Bibel (historisch) recht habe, wird zur Gretchenfrage und ihre Bejahung zum Glaubensbekenntnis. Damit erleidet die biblische Überlieferung einen schwereren Schlag als unter den schlimmsten Juden- und Christenverfolgungen. Denn was hier als Wahrheit biblischer Geschichten ausgegeben wird, ist bloss die kümmerliche Fiktion ihrer historischen Richtigkeit. Biblische Geschichten wollen gerade nicht richtig

sein – so wenig wie Märchen – sondern wahr. Die Beweisbarkeit äusserer Ereignisse hilft hier nicht weiter. Wahrheit erweist sich daran, dass eine Aussage mich schöpferisch berührt. Nicht zufällig heisst im Hebräischen «Wahrheit» auch «Glaube» und «Treue». Diesem Anspruch weicht aus, wer biblische Erzählungen als richtig anerkennt. Denn mit diesem arglosen Bekenntnis schleudert er das Gehörte von sich weg in die Vergangenheit.

Die missglückte Begegnung zwischen der Erzählung und dem Informationsmenschen wird jedesmal zu einer Sternstunde des Fundamentalismus. Die Hinwendung vieler nüchterner Informatiker zum Fundamentalismus findet hier ihre Erklärung, so etwa diejenige des unlängst verstorbenen Astronauten *James Irwin*, der nach seiner Mondfahrt eine religiöse Stiftung gründete und auf mehreren Expeditionen in die Türkei nach den Resten der Arche Noah suchte. Fundamentalismus ist das Bestreben, verlorene und überlebte Positionen gewaltsam festzuhalten mit den Mitteln, die gerade zur Verfügung stehen. Die abgründige Leere, welche den Menschen an den Wendepunkten der Geschichte heimsucht, sollte jedoch nicht leichtfertig gestopft werden. Sie könnte immerhin dazu dienen, neuen Inhalten den Raum zu bereiten. Die vierschrötige Frömmigkeit des Fundamentalismus erträgt keine offenen Fragen und blendet deshalb die Leute über ihre persönliche und kulturelle Lage hinweg. Folgerichtig ziehen sich Sekten und Freikirchen in die Treibhäuser ihrer Gesinnungseinheit zurück. Sie unterstellen ein Klima, das der Vergangenheit angehört oder überhaupt nie existiert hat. Dieses Klima bietet zwar Wohlbehagen, aber es lässt sich nur um den Preis der Weltflucht erkaufen.

Als sich die Theologie im letzten Jahrhundert auf ihrem (wohl notwendigen) Umweg in die Frage nach dem historischen Jesus verrannte, tat sie es im Gleichschritt mit kulturellen Ausdrucksformen von ganz anderer Art. So auch mit der Malerei. Die Malerei hatte sich um möglichst authentische Darstellung von Verhältnissen und Ereignissen bemüht. Als sie plötzlich durch die Photographie überflüssig gemacht wurde, erschrak sie über sich selber, entflohen und lief dem Impressionismus in die Arme. Hier hat sie ihr erzählerisches Geschick wiedergefunden und es zu neuer Blüte gebracht.

Die kirchliche Verkündigung ist noch nicht so weit. Indessen dürfte die totale

Information und Dokumentation, die der moderne Mensch demnächst vollendet, auch hier den heilsamen «Photographie-Schock» auslösen und den Durchbruch zu einer Art Impressionismus ermöglichen. Das heisst: Uns öffnen für die kreative Wirkung des Wortes und der Erzählung, welche weder Information noch allegorisches Konstrukt ist, wohl aber Rat weiss aus dem entspannten, ja ziellosen Lauschen.

Peter Ruch

¹ In: Walter Benjamin, *Illuminationen*, Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1969. – ² Albert Schweitzer, *Geschichte der Lebens-Jesu-Forschung*, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen 1951.

Skandale als Notwehr der Demokratie

Reflexionen zu Politik und Moral

«Alle Macht geht vom Volke aus und kommt nie wieder zurück.»
(Gabriel Laub)

Die Veranstaltung fand in Leipzig statt. Angeordnet hatte sie Friedrich August III., seit zwei Jahren Regent von Kursachsen, der an diesem Morgen anwesend war. Man schrieb Sonntag, den 29. April 1765. Der ausgewählte Kreis in der örtlichen Universitätsbibliothek freute sich über die Abwechslung. Man war aber auch auf den berühmten Redner gespannt. «*Von der Beschaffenheit, dem Umfange und dem Nutzen der Moral*»¹, so lautete das Thema, das die «churfürstliche Durchlauchtigkeit» seinem Landeskind und Hochschullehrer

Christian Fürchtegott Gellert, 49, an diesem Feiertag gestellt hatte.

Damals wahrlich keine weltfremde Fragestellung. Erst zwei Jahre zuvor war auf der nahegelegenen Hubertusburg der Siebenjährige Krieg zwischen Preussen und Österreich beendet worden, der Mitteleuropa schlimm mitgenommen hatte. Wie aufgewühlt die Weltläufte waren, zeigte sich auch im zeitgenössischen Verlangen nach Moralphilosophie. Ein heute längst vergessener Vertreter dieser Tugendliteratur war jener pietistische Schriftsteller und Philosoph Gellert, der zu dieser frühen Stunde erwartet wurde und der von seiner Mitwelt eine fast schwärmerische Verehrung erfuhr.

Das lag zum guten Teil daran, dass Gellert die wieder auflebende deutsche Dichtung bereichert hatte. Stärker aber war wohl sein Einfluss auf den Zeitgeist; laut *Goethe* schuf er seinen Landsleuten überhaupt erst «*eine sittliche Kultur*». Vor allem Gellerts immer wieder nachgedruckte «*Fabeln und Erzählungen*» (Leipzig 1746/1748) waren zu einem wahren Volksbuch geworden und wirkten erzieherisch auf den ganzen, auch den katholischen Sprachraum.

Von der Tugend

Gellerts grosse Begabung, traditionelle Klugheitsregeln auf die Lebenswelt zu beziehen, erwies sich auch an diesem Sonntagmorgen in Leipzig, als er über «*die Kenntniss von der Pflicht des Menschen*» (S. 5) sprach. Ganz modern setzte er dabei den Verstand als «Anführer» voraus und verlangte «*eine Achtsamkeit auf seine Stimme*» ebenso wie die Pflege «*eines innerlichen Gefühls dessen, was gut ist, oder nicht*» (S. 10). Belohnt sähe sich solche Selbstbeherrschung dadurch, dass der gesellige Verkehr der Menschen in Gang käme, der erst floriere, wenn Mässigung, Gerechtigkeit und Arbeitsamkeit zum Allgemeingut geworden seien. Andernfalls drohe nicht nur das Misslingen des eigenen Lebenslaufes; auch das Gemeinwohl habe als Quersumme des vernünftigen Einzelhandelns verstanden zu werden.

Das war noch ganz im Sinne der älteren Politiklehre gedacht, wie sie in vielen, auch zeitgenössischen *Fürstenspiegeln* nachzulesen war. Denn mit dem Grundbuch der europäischen Ideengeschichte gesprochen – dem «*Gottesstaat*» (413/427) des heiligen Augustin –, waren die Jahrhunderte seither davon ausgegangen, dass weltliche Reiche, denen es an Gerechtigkeit mangle, von

grossen Räuberbanden kaum zu unterscheiden seien (liber IV, caput 4).

Solange freilich die Verwaltung jeglicher Mitsprache von unten entzogen blieb, liess sich an die Einhaltung solcher Verbindlichkeiten nur appellieren. Mehr zu bemängeln war von Übel, und ein Zeitgenosse, der die höheren Stände im Alltag an ihre Pflichten zu erinnern wagte, nahm oft ein böses Ende.

Aber auch die Schicht frühzeitlicher Handlanger der absolutistischen Regierungskunst – die vielen Diplomaten, Kanzlisten, Advokaten oder Amtsmänner jener Zeiten – vertraten durchaus andere als am Gemeinwohl orientierte Interessen. Das wiederum erbitterte die Mitwelt besonders, wie sich den Beschwerden des *Friedrich von Logau*², Jahrgang 1604, entnehmen lässt, der schon in seinem Gedicht «*Heutige Weltkunst*» das *politisch' Lied* als *garstig' Lied* anprangerte:

«*Anders sein und anders scheinen,
Anders reden, anders meinen,
Anders loben, alles tragen,
Allen heucheln, stets behagen,
Allem Winde Segel geben,
Bös' und Guten dienstbar leben,
Alles Thun und alles Tichten,
Blos auf eigenen Nutzen richten,
Wer sich dessen will befleiss'gen,
Kann politisch heuer heissen.*»

Dilemma zwischen Staatsraison und Privatmoral

Politik verdirbt den Charakter! Solange freilich die Domäne der Politik den Herrscherrechten zugezählt wurde, blieb aller Tadel ohne Widerhall. Erst als Staat und Gesellschaft in die öffentliche Selbstverwaltung gelangten, entwickelte sich ein der Allgemeinheit zugänglicher und ihr gegenüber auch

verantwortlicher Politikbereich. Skandale gab es zwar zu allen Zeiten, aber vor Beginn der Neuzeit blieben sie eine Sache für den Ehrenkodex der Oberschicht. Erst in der demokratischen Epoche wurde das Verhältnis von Politik und Moral zu einem explosiven Thema.

Ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Emanzipation des Staatsbürgers war also die Entdeckung des Skandals als Indikator für die Nichtübereinstimmung von Regierten und Regierenden. Immanuel Kant beschäftigte sich schon 1795 in seiner Abhandlung «*Zum ewigen Frieden*»³ – gleichsam im Vorgriff auf freiere Zeiten – mit der möglichen «*Misshelligkeit zwischen der Moral und der Politik*» (S. 228 f.). Sie ergebe sich daraus, dass der «*selbstsüchtige Hang der Menschen*» nur allzuleicht den eigenen «*Vernunftsmaximen*» ins Gehege gerate. Der von Kant so genannte «*moralische Politiker*» wird alles versuchen, derartige «*Gebrechen*» umgehend zu verbessern, die «*im Staatenverhältnis angetroffen werden*» (S. 233). Anders hingegen der «*politische Moralist*», der «*seine Moral so schmiedet, wie es der Vorteil des Staatsmanns sich zuträglich findet*» (a.a.O.).

Auch dem Philosophen aus Königsberg war allerdings klar, dass die Realpolitik immer eine Art von Kuhhandel darstellt, bei dem es gilt, abweichende Interessen so zu verknüpfen, dass *Kompromisse* möglich werden. Nur so ist Handlungsfähigkeit als die knappe Ressource der Politik zu erreichen. Die Verwaltung öffentlicher Güter kann daher nicht mit der Ordnung der häuslichen Angelegenheiten gleichgesetzt werden. Mit der Elle unserer Privatmoral ist sie kaum zu messen. Der Staat als «*die Vereinigung einer Menge von Menschen unter Rechtsgesetzen*» (Kant) verlangt zu

seiner politischen oder bürokratischen Verwaltung hinreichende Kompetenzen, nicht aber Moralapostel.

Professionalisierung, Anonymisierung und Immunität

Skandalös wird die Angelegenheit erst, wenn das Führungspersonal den Herausforderungen nicht gewachsen ist, die an das Gemeinwesen gestellt werden; oder wenn es sich Extrachancen herausnimmt, die ihm nicht zustehen. Dabei geht es nicht nur um die Vorteilsnahme selbst, sondern um die Gefahr, dass dadurch das Allgemeinwohl beeinträchtigt wird.

Solche Verfehlungen scheinen in unserer Zeit überhandzunehmen. Die in der modernen Fabrikära angelegte Arbeitsteilung prägt auch die Welt der öffentlichen Dinge. Politik ist immer mehr eine Sache für Fachleute, die obendrein beruflich von ihr abhängen. Da muss es niemand erstaunen, dass sich öffentliche Aufgaben und Karrieremuster vermengen. Der heutige Parlamentarier ist abhängig von seiner Partei, der er meist mehr verdankt als der Wählerschaft. Wem gehört im Zweifelsfall seine Loyalität?

Aus der wachsenden Anonymität und der damit einhergehenden Immunität der Politik gegenüber der Moral entsteht bei den Wählern der verbreitete Vorbehalt, es gehe in der Politik nicht mit rechten Dingen zu. Wir alle ärgern uns inzwischen, dass ein Skandal den anderen ablöst. Was diese Störfälle indessen politisch bedeuten, darüber sind wir uneins.

Zwar waren Skandale schon immer eine selbstverständliche Begleiterscheinung der öffentlichen Angelegenheiten, und es mangelt daher nicht an Untersuchungen über diese Kalamität⁴. Deren

Erkenntnisse dringen jedoch kaum zu den Alltagsansichten der Bevölkerung durch. Skandale erzeugen starke Gefühle. Die Urteilsfähigkeit bleibt dabei leicht auf der Strecke. Entsprechend pauschal fallen die Urteile über diese Entgleisungen aus, man spricht heute wieder vom allgemeinen Sittenzerfall, und auch die Politikverdrossenheit nimmt zu. Skandale vergrössern die Partei der Nichtwähler, fördern die Resignation und den gefährlichen Ruf nach der «starken Hand».

Geschichte als «chronique scandaleuse»

Der Skandal wird heute zum Skandal, weil die Politik öffentlichen Richtlinien unterliegt und damit auch der Vorstellung, dem allgemeinen Besten dienen zu sollen. Das war keineswegs immer so, wie eine *chronique scandaleuse* verdeutlicht.

Ein Bestseller des 18. Jahrhunderts notierte nur das Eigenschaftswort *skandalös*. Die seit 1751 in Frankreich veröffentlichte «*Encyclopédie ou Dictionnaire raisonné des Sciences, des Arts et des Métiers*» beschäftigte sich unter diesem Stichwort vor allem mit religiösem Fehlverhalten, «*qui cause du scandale*». Als anstössig empfunden wurde beispielsweise die Ablehnung des Widerstandsrechtes durch die Jesuiten, aber auch Korruptionsfälle von Kirchenmännern oder das ungebührliche Auftreten der hohen Herren. Von Politik war nicht die Rede.

Das lag kaum daran, dass öffentliche Missstände fehlten, vielmehr gab es noch keine Kontrollmöglichkeiten. Bestechung, Erpressung, Unterschlagung, Ämtermissbrauch, Vetternwirtschaft und ähnliche Normverstösse sind seit

Cicero bekannte Begleiterscheinungen aller Staatsgeschäfte. *Jacob van Klaveren*, der Altmeister der Korruptionsforschung, hat darauf hingewiesen, dass die Bevölkerung erst durch die Aufklärung auf ihre weltlichen Chancen hingewiesen wurde. Vor dem Hintergrund dieser wenigstens gedanklichen Ermutigung zur Mitsprache wirkte *skandalös*, was vordem alltäglich war, nicht zuletzt auch die Auspressung der Untertanen.

Erst jetzt konnten also mit *Jean Paul*⁵ auch «*edle Staatsbedienstete*» Bewunderung finden, die «*alle Goldadern des Staates durch ihre Hände laufen lassen, und doch diese nicht damit füllen, sondern tugendhaft verarmen*».

Das 19. Jahrhundert erscheint schon den Zeitgenossen als Blütezeit der Affären und Skandale. Seither führen Meinungen zu Mehrheiten und setzen diese um in Macht. Diese Macht musste sich allerdings gegenüber abweichenden Wahrnehmungen von Wirklichkeit rechtfertigen. Wer entzieht sich dem nicht gerne, wenn er kann? Skandale im modernen Sinne, vor allem aber politische Skandale, sind also eine Begleiterscheinung der Massengesellschaft.

Worum handelt es sich dabei? In einem «*Exkurs über die Negativität kollektiver Verhaltensweisen*» hat *Georg Simmel*⁶ darauf hingewiesen, dass die theoretische Verständigung, «*ohne die es überhaupt keine menschliche Gesellschaft gäbe, auf einer kleinen Zahl allgemein zugegebener, wenn auch natürlich nicht abstrakt bewusster Normen ruht*». Diese bilden mithin «*das Minimum dessen, was von allen, die überhaupt miteinander verkehren wollen, anerkannt werden muss*». Auf dieser Grundlage basiert mithin «*das flüchtigste Übereinkommen der einander fremdesten Individuen*», ohne welches die Vergesellschaftung einfach nicht auskommt.

Ein Bruch dieses Mindestübereinkommens macht im Fall der Aufdeckung den Skandal aus⁷, nur die allseitige Akzeptanz der massgebenden Mindestanforderungen ermöglicht ein gedeihliches Zusammenleben.

Ein politischer Skandal liegt mithin immer vor – ob offenkundig oder nicht –, wenn und wo Personen oder Gruppen sich der Politik bedienen, ohne die Spielregeln einzuhalten. Etwa wenn die Politiker ihre Startvorteile für Sondervergütungen ausnutzen. Oder wenn unlautere Konkurrenzmethoden angewandt werden, um die Macht zu erhalten.

Nun verletzen dennoch nicht alle Skandale die öffentliche Verantwortungsethik, wie ein Blick in die bundesdeutsche Skandalgeschichte erweist⁸. Und es gibt auch weniger prinzipielles Fehlverhalten von Politikern, das als empörend empfunden wird. Man denke nur an den *Profumo-Eklat*⁹, oder an den Wirbel 1990 um den baden-württembergischen Ministerpräsidenten *Lothar Späth*. Skandalstoff ist überreich vorhanden, und die Skandale sind nicht immer nur politischer Natur. Jedes soziale Subsystem klärt offenbar von Zeit zu Zeit durch Skandale seine Normen, man erinnere sich nur an

- wissenschaftliche (Enthüllungen um *Margaret Mead*, 1988)
- medizinische (*Contergan*-Katastrophe, 1957)
- literarische (der Fall *Georg Forestier*, 1955)
- gewerkschaftliche (Neue Heimat, 1982 ff.)
- ökologische (verstrahlte Molke, 1986)
- wirtschaftliche (Herstatt-Krach, 1974)
- journalistische (Werner Höfers Sturz, 1987)

Sittenverstösse. Pannen wie diese beschäftigen die Öffentlichkeit ganz unterschiedlich. Sie beeinflussen aber nachhaltig das öffentliche Klima.

Flickskandal und Spendenfilz

Der Flick-Skandal ist das bundesrepublikanische Politspektakel der vergangenen zwanzig Jahre schlechthin, das sich in seiner Bedeutung nur mit dem Wirbel um das Wochenblatt *«Der Spiegel»* vom Oktober 1962 vergleichen lässt. Um jenen Praktiken ein Ende zu machen, mit denen jahrelang wirtschaftliche in politische Macht umgemünzt wurde, gilt in der Bundesrepublik seit 1984 ein *«Parteienfinanzierungsgesetz»*. Diese Reformfrucht des Flick-Skandals – die allerdings weiterhin die politische Einflussnahme von Grossspendern steuerrechtlich begünstigt – kann aber nur wirken, falls sich die Parteien tatsächlich an ihre Pflicht halten, die Verwendung ihrer Mittel und die Herkunft von Spenden offen zu legen.

Die parlamentarische Demokratie basiert auf dem Vertrauen des Volkes, so hat das Bundesverfassungsgericht anlässlich eines Urteils über die Diäten der Abgeordneten befunden und hinzugefügt, dass *«Vertrauen ohne Transparenz, die erlaubt zu verfolgen, was politisch geschieht, aber nicht möglich ist»*. Eine schöne Formulierung, sicherlich, die freilich im Paragraphenhorizont befangen bleibt. Denn nicht das Vertrauen, sondern die organisierte Opposition, beziehungsweise die etablierte Medienkontrolle, sind das Lebenselixier der Demokratie. Überdies haben wir seit langem damit zu leben, dass die politischen Verhältnisse schon durch ihre Komplexität wirkliche Durchsichtigkeit verhindern, auch wenn der Wille zum

«gläsernen Parlamentarismus» vorhanden sein mag.

Nicht nur die Normalbürger, auch die Politiker selbst sind kaum mehr in der Lage, alle öffentlichen Entscheidungen zu überblicken, geschweige denn zu dirigieren. Überdies kann auch von einer eigenständigen Handlungsdimension der Politik immer weniger die Rede sein. Die Sachzwänge rauben den Entschlüssen zunehmend den Spielraum. Genau das aber mag erklären, wieso die traditionelle Nahbereichsmoral etwa im Flick-Skandal versagt hat. Es ging bei den Zuwendungen weniger um die Einhaltung oder Verletzung vertrauter Beziehungsformen als vielmehr um die Steuerung von Opportunitätsgütern. Die Wirtschaft zielte mit ihrer Gebefreudigkeit auf die Lenkbarkeit der Volksvertreter.

Es geht hier nicht nur um das anthropologische und zivilisatorische Problem der Geldfixierung und der platten Habgier; die Orientierung am Sittengesetz fällt vielmehr allgemein zunehmend schwerer. Im Zeitalter des *everything goes* ist die altehrwürdige Staatszwecklehre zur Auslegungsfrage im Parteienstreit geraten.

Versuchungen jenseits des ethischen Mindestmasses

Skandale begraben die Illusion, dass die Gestaltung gemeinschaftlicher Anliegen interessenfrei möglich ist. Sie zeugen auch vom zweifelhaften Rohstoff, aus dem parlamentarische Entscheidungen geformt zu sein pflegen. Und sie decken Verlockungen im Machtgetriebe auf. Die Wirtschaft beherrscht die Welt, hat *Werner Sombart* einmal geschrieben, und lässt unsere Staatsmänner wie Marionetten am Drahte tanzen.

Der durch Konkurrenz verstärkte Druck zur «Aneignung sozialer und ökonomischer Chancen» (*Max Weber*) schränkt überdies die Beteiligung am politischen Wettbewerb ein. Nur wenige Prozent der Bevölkerung sind am politischen Leben beteiligt, und der Kreis wirklicher Entscheidungsträger ist winzig klein. Moralfreies Handeln kann sich aber ausbreiten, wo die Kräftebalance mangels Beteiligung versagt, und wo daher unkontrollierte Machenschaften möglich sind, denn der Kampf um die Fleischtöpfe der Macht verleitet immer wieder zum Griff nach unlauteren Mitteln.

Darüber mag man sich aufregen. Seit in der Mitte des vorigen Jahrhunderts *Lorenz von Stein*¹¹ «das Interesse als das Prinzip der Gesellschaft» beschrieben hat, fördert diese Motivation nach allgemeiner Ansicht zwar die gesellschaftliche Wohlfahrt, steht jedoch in einem Spannungsverhältnis zur Moral. Und wenn die Geldbörse zum edelsten Körperteil gerät, ist es einfach nicht ausreichend, mit dem Politologen *Wilhelm Hennis* einen Amtsgedanken in der Politik hochzuhalten, um sich vor Korruption zu schützen. Der bloße Appell an das Pflichtgefühl jedenfalls kann nur falsche Hoffnungen schüren. In der entfesselten Industrieära wirkt eine Moralherrschaft, wie sie *Paul Henri, Baron Thiry d'Holbach*¹² für eine moderne Regierung postulierte, nurmehr lebenswert altmodisch.

Die Geltung verbindlicher Regeln muss heute mehr denn je zu einer Vision werden, die Daueranstrengungen verlangt. «Gewiss ist die Politik kein ethisches Geschäft. Aber es gibt immerhin ein gewisses Mindestmass von Schamgefühl und Anstandspflicht», so hat schon *Max Weber*¹³ hervorgehoben, «welche

auch in der Politik nicht ungestraft verletzt werden».

Diese Sichtweise stellt uns das Sittliche dar als wahres Interesse der Gesellschaft. Im Zeitrahmen einer Politikerkarriere kann eine solche Orientierung freilich mit einer Nach-mir-die-Sintflut-Haltung ausser Kraft gesetzt werden. Bereits *Thomas Hobbes* schrieb in der Frühneuzeit ernüchtert, dass man diejenigen Politiker an fünf Fingern abzählen könne, die das Gemeinwohl vor den Eigennutz setzen.

Skandale als Reformimpuls

Die Chance, Schamlosigkeit dennoch zu verhindern, liegt einzig und allein in der Furcht des Politikers vor der Ächtung, die ihm nach einem Skandal droht. Im nüchternen Alltag der Länder des Westens war dieser Argwohn immer gegenwärtig. Skandalträchtig ist alles – nicht nur die Politik. Gerade die geringeren Anforderungen an die menschlichen Tugenden erlaubten es, sich des Skandals als Reformimpuls zu bedienen. Der Skandal ist somit als erfolgreiche Kontrolle gleichsam ein Alarmzeichen dafür, dass Verpflichtungen nicht beachtet werden. Und er besitzt genügend Dramatik, um gesetzgeberische Energien freizusetzen und so das freie Spiel der politischen Kräfte in Gang zu halten.

Richtig verarbeitet, bewirkt der Skandal aber noch mehr. Er kann dazu führen, dass sich die Öffentlichkeit mit dem aktuellen Verhältnis von Politik und Moral auseinandersetzen muss. Und so erzieht der Skandal vielleicht zu weniger Stimmungsanfälligkeit im demokratischen Miteinander. Die Skandale selbst bezeugen zwar einen Mangel an Pflichtgefühl; solange ihre Anlässe aber enthüllt werden, beweisen sie Kontroll-

erfolge. Folglich hat man den Skandal nicht unzutreffend als Notwehr der Demokratie bezeichnet. Allerdings stecken wir in dem hausgemachten Dilemma, dass Skandale zur Belebung des Parlamentarismus zu nutzen wären, sie sich praktisch-politisch aber auch als dessen Gefährdung auswirken können, wenn sie zum Rückzugsverhalten veranlassen.

Das erstrebenswerte Ergebnis aufgedeckter Skandale hingegen ist die enttäuschungsfestere Haltung der Bürger, die ihre vielbeschworene Mündigkeit beweisen, indem sie durch solche Ärgernisse zur Beteiligung ermuntert werden. Bleiben wir doch alle Betroffene einer schwierigen Gegenwart. Sie kann nur in gemeinsamer Anstrengung einigermaßen gestaltet werden und vermag uns doch immer wieder zu überwältigen.

Sven Papcke

¹ Erschienen bei M. G. Weidmanns Erben & Reich Verlag, Leipzig 1766. – ² Vgl. «Erstes Hundert Teutscher Reimen-Sprüche», Breslau 1638. – ³ In «Kants Werke in 12 Bänden», Hrsg. Wilhelm Weischedel, Band 1, Frankfurt/Main 1964, S. 191 ff. – ⁴ Verwiesen sei einzig auf die aufschlussreichen Untersuchungen in dem von Rolf Ebbighausen und Sighard Neckel unter dem Titel «Anatomie des politischen Skandals» (Frankfurt/Main 1989) herausgegebenen Sammelband, sowie auf Carl J. Friedrich, «Pathologie der Politik, Die Funktion der Missbräuche: Gewalt, Verrat und Korruption, Geheimhaltung, Propaganda», Frankfurt am Main, New York 1973. – ⁵ «Komischer Anhang zum Titan» (1800), Jean Paul Werke, Hrsg. Norbert Miller, Abteilung I, Band 3, München 4/1980, S. 854. – ⁶ «Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung», Leipzig 1908, S. 476 f. – ⁷ Woran etwa Westdeutschland keinen Mangel litt, vgl. Georg M. Haffner und Edmund Jacoby (Hrsg.), «Die Skandale der Republik», Hamburg 1990. –

⁸ Vgl. Rüdiger Liedtke (Hrsg.), «Die neue Skandalchronik. 40 Jahre Affären und Skandale in der Bundesrepublik», Frankfurt 1989. – ⁹ Clive Irving u. a., «Scandal '63. A Study of the Profumo Affair», London 1963. – ¹⁰ Diese Sicht der Lage ist keine Verschwörungstheorie, denn sie nennt wichtige Abhängigkeiten im Zeitalter der Marktgesellschaft. Jene oft zitierte Normativität des Faktischen beschneidet die Handlungschancen der Politiker. Wo aber nichts mehr öffentlich zu regeln wäre, könnte es auch kein skandalöses Verhalten

geben. Es sei denn, man wollte in der Tatsache der wechselseitigen Beeinflussung von Rendite- und Politik-Entscheidungen selbst den eigentlichen Skandal der modernen Wirtschaft sehen. – ¹¹ «Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich», Band 1 (1849), Darmstadt 1959, S. 43. – ¹² Vgl. «L'éthocratie, ou le gouvernement fondé sur la morale», Amsterdam 1776. – ¹³ «Wahlrecht und Demokratie in Deutschland» (1917), Max Weber Gesamtausgabe (MWG), Abteilung I, Band 15 (Tübingen 1984), S. 350.

Zwischen Demokratisierung und Islamisierung

Auch Araber schwärmen von Perestrojka

Auch in der arabischen Welt ertönt der Ruf nach mehr Demokratie und nach Transformation. Noch ist keines der autoritären Regime gefallen, doch mussten mehrere Regierungen Reformen in Angriff nehmen, die vor drei Jahren noch kaum vorstellbar waren.

Es wäre jedoch ein Trugschluss, wollte man meinen, alle Veränderungen seien allein auf die Auflösung des Sowjetimperiums zurückzuführen. Eine Wende fand in Algerien bereits 1988 statt. Dabei handelte es sich um einen der sporadischen «Brot-Aufstände», die seit Jahrzehnten die arabische Welt an allen Ecken und Enden erschüttern, z.B. in Ägypten, Tunesien, Marokko und Jordanien.

In der Regel werden diese Volkserhebungen durch Preiserhöhungen ausgelöst. Es handelt sich gewissermassen um die arabische Spielart eines weit verbreiteten Dritt-Welt-Symptoms – man denke nur an die schweren Unruhen, die 1987 Venezuela erschütterten.

In Algerien ging es nicht nur um die Teuerung, sondern um Lebensmittelknappheit. Dann richtete sich der Volkszorn der Demonstranten gegen den Einparteiensstaat. Die meisten der Opfer waren Halbwüchsige; denn es wurde auch gegen das unzulängliche Schulsystem protestiert: schlecht bezahlte Lehrer ohne Unterrichtsmaterial vor viel zu grossen Klassen in überfüllten Schulgebäuden.

Die Tunesier können mit Stolz darauf verweisen, dass die Absetzung des im Alter unberechenbar gewordenen Staatschefs *Bourguiba* schon 1987 erfolgte, also noch vor den osteuropäischen Umwälzungen. Zwar weist Tunesien unter dem neuen Machthaber *Ben Ali* noch Züge einer Militärdiktatur auf, doch hat die Demokratisierung unaufhaltsam Fortschritte gemacht.

Anders verhält es sich im Falle Jordaniens, wo der «Brotaufstand» Ende 1989 zu freien Parlamentswahlen führte. Hier wurde deutlich auf die osteuropäischen

Entwicklungen Bezug genommen; es wurde nach *Glasnost* und *Perestrojka* gerufen. Andererseits wirkte auch der algerische Schüleraufstand von 1988 als Vorbild.

In Ägypten, Tunesien und Algerien sind die einstigen Staatsparteien im wesentlichen darum bemüht, sich als politische Kräfte in die neue Epoche hinüberzuretten. Doch haben reformierte bzw. «demokratisierte» Staatsparteien nur geringe Zukunftsaussichten, weil die Wählerschaft sich nicht mehr mit Parteien identifiziert, die auf Anweisung von oben geschaffen wurden.

So galt die erste Staatspartei Ägyptens, die *Arabische Sozialistische Union*, im Volk nicht als Partei, sondern als Hausmacht *Nassers*. Daher schuf sich *Sadat* sein eigenes System, konnte jedoch für seine *Nationaldemokratische Partei* keine breite Basis schaffen. Unter *Mubarak*, der die Epoche der traditionellen 98%-Wahlergebnisse überwinden möchte, ist man ernsthaft bemüht, die NDP von unten her aufzubauen. Die Mehrheit der Bevölkerung sieht jedoch in der NDP immer noch die alte, monopolistische Staatspartei der Nasser- und Sadat-Zeit. Obwohl *Mubarak* recht populär, oder zumindest nicht unpopulär ist, besteht noch immer kein richtiges Vertrauen in das System, was eine ausserordentlich geringe Wahlbeteiligung zur Folge hat.

Algeriens FLN (*Nationale Befreiungsfront*) ist vergleichsweise besser organisiert, mit einem Parteiapparat nach dem ehemaligen Ostblockmuster. Die für Parteien im arabischen Raum ungewöhnliche Stärke der FLN verdankt sie ihrer Entstehung als nationale Sammlungsbewegung während des Befreiungskrieges. Seit der Machtübernahme im Jahre 1962 hat sie jedoch

gründlich abgewirtschaftet und ist heute schwer angeschlagen.

Neue Arbeitsmärkte für Ostblock-Sicherheitsbeamte

Die Folgen der Entwicklung in Osteuropa sind in den bisher sowjetfreundlichen arabischen Staaten verständlicherweise am stärksten spürbar. Das Ende des Sowjetimperiums bedeutet ja nicht nur die Einstellung der Waffenlieferungen und den Abzug von Militärberatern, sondern auch das Fernbleiben der osteuropäischen Sicherheitsbeamten, die bei der Abschirmung diktatorischer Regime den Löwenanteil trugen: in Äthiopien, Afghanistan, Algerien, Angola, Benin, Kongo, Libyen, Moçambique, Nicaragua, Südjemen und Syrien, – um nur einige zu nennen. Nach dem bis vor wenigen Jahren noch bei den Staaten des Warschauer Pakts betriebenen Schema der Arbeitsteilung nahmen in all jenen Dritt-Welt-Ländern Russen als Militärberater die Unterweisung an neuen Waffensystemen vor, während Ostdeutsche und andere für den Aufbau des Unterdrückungsapparats zuständig waren.

Musterbeispiel dafür ist Libyen, wo sich die Stasi-Experten gegenüber ihren sowjetischen Kollegen als überlegen erwiesen. Libysche Truppen erlebten im Tschad ein Fiasko sondergleichen: die Tschad-Stammeskrieger erbeuteten das hochwertigste Kriegsmaterial im Werte von mehr als zwei Milliarden US-Dollar. Die sowjetische Militärberatung hatte nichts gefruchtet. Dagegen vermochten die ostdeutschen Sicherheitsbeamten, *Ghaddafi* fast zwei Jahrzehnte am Ruder zu halten.

Vor mehreren Jahren wurde bereits die Frage gestellt, was wohl ohne Stasi-

Unterstützung mit Ghaddafi geschehen würde. Vielleicht hätte man die Frage anders stellen sollen: Was soll aus den Heerscharen von Ostblock-Sicherheitsbeamten werden? Hier zeichnen sich Entwicklungen ab, die denen des ersten post-kolonialen Jahrzehnts ähneln. Damals verdingten sich zahlreiche Offiziere der ehemaligen Kolonialarmeen als Söldner. Dank eines solchen neuen Söldner-Reservoirs aus KGB- und Stasi-Leuten haben einige diktatorische Regime ihre Lebensdauer bereits verlängern können. Dennoch vergleichen z. B. viele Libyer ihren Ghaddafi mit *Ceausescu* und sind davon überzeugt, ihm sei ein ähnliches Schicksal vorbehalten – was ihm übrigens schon vor vielen Jahren von seinem damaligen Busenfreund *Idi Amin* vorausgesagt wurde.

Der Name *Ceausescu* wird als beliebter Vergleich immer wieder genannt. Erst recht aber möchten viele Araber nicht hinter Entwicklungen an der Elfenbeinküste oder auf Madagaskar, in Äthiopien oder Angola zurückstehen. Im Falle Benins war der Abzug der ost-deutschen «Schutztruppe» aus Sicherheitsbeamten der Auslöser für den Aufstand gegen Präsident *Kerekou*. Das spielte auch eine Rolle bei der Entscheidung *Mengistus*, schliesslich doch das Weite zu suchen.

Schwere Zeiten für Thronfolger

Es sind nicht unbedingt die Monarchien, die als erste von den *Pere-strojka*-Auswirkungen betroffen werden. Die Tragödie der arabischen Welt ist ja, dass die post-monarchistischen Regime sich in der Regel als die brutalsten Diktaturen entpuppten, wie im Fall des Irak. Verglichen mit Militärdiktaturen wie Syrien und Mauretanien sind

Monarchien wie Jordanien und Oman geradezu freiheitliche Rechtsstaaten, auch im akademischen Bereich.

Langfristig sind allerdings auch die relativ freiheitlichen Monarchien nicht vor dem Reformdruck gefeit. Es ist zu erwarten, dass nach dem Tod von *Hassan II.* auch in Marokko die Tage der Monarchie gezählt sind. Der Kronprinz hat nur eine Chance, wenn er nach dem Beispiel von *Juan Carlos* im Nachbarland Spanien zur konstitutionellen Monarchie gelangt.

In Jordanien ist die Situation ähnlich, wobei die Thronfolger in beiden Staaten wenig populär sind.

In Saudi-Arabien ist es hingegen eher umgekehrt: Kronprinz *'Abdallah* ist beliebter als sein Bruder, der jetzige König *Fahd*. Es herrscht jedoch ein weitverbreiteter Unmut über den Saud-Clan insgesamt. Die Masse der jungen Technokraten, die zu Tausenden als Ingenieure und Architekten, als Verwaltungsbeamte und Ernährungswissenschaftler, als Informatiker und Politologen nach Hause zurückgekehrt sind, mit Dokortiteln der besten amerikanischen Universitäten, wollen auch politisch mitbestimmen.

Kuwaits privilegierte Bevölkerung ist zu gebildet und politisch zu entwickelt, um sich ihr Mitspracherecht noch lange vorenthalten zu lassen. Hier ertönte der Ruf nach Demokratie bereits vor der irakischen Besetzung lauter als anderswo in der Region. Zwar lassen sich die günstigen Voraussetzungen des superreichen Ministaats nicht auf andere Länder übertragen, dennoch werden die Fortschritte in Kuwait auf die Nachbarstaaten einwirken.

Für das saudische Königshaus sind diese Entwicklungen rundherum peinlich: In Jordanien kam es nach freien Wahlen zu einer vorläufig noch funktio-

nierenden Demokratie – «unter dem König», die in Kürze in Kuwait nachgeahmt werden soll. Im Süden des Königreichs kam es zur Wiedervereinigung der beiden Jemen, auf zumindest halbwegs demokratischer Grundlage. Nun kann Saudi-Arabien nicht länger auf das abschreckende Beispiel des kommunistischen Südjemen verweisen.

Selbstkritik statt Tabus

Die überall angekündigte Ersetzung des Einparteiensystems durch einen politischen Pluralismus ist jedoch nur der äussere Ausdruck des tiefgreifenden Wandels in den Gesellschaften der arabischen Staaten. Zu den vielschichtigen Veränderungen gehört z. B. eine grundsätzliche Debatte über die Prügelstrafe an Schulen, ausgerechnet in der von Saudi-Arabien finanzierten Zeitung *Ash-Sharq Al-Ausat* («Der Mittlere Osten»), der führenden Tageszeitung im arabischen Raum.

Ein verwandtes Phänomen ist die zunehmende Eigenständigkeit arabischer Karikaturisten. Vor wenigen Jahren noch waren die stets zu Spässen aufgelegten Ägypter fast die einzigen, deren Presse Karikaturen über soziale Missstände brachte. Inzwischen hat die Presse anderer Staaten nachgezogen, und wieder sind es ausgerechnet die Saudis, die sich hervortun. Sie richten ihre beissende Satire selten gegen das Ausland, sondern nehmen ihre eigene Gesellschaft aufs Korn. Beliebte Zielscheibe des Spotts sind die Sex-Touristen, die aus Bangkok zurückkehren – mit AIDS. Die einst so verschwendungs-süchtigen Araber prangern nun gerade ihre Prasser an und entlarven die Hohlheit einer im Überfluss gross gewordenen Generation.

Die neuen Karikaturisten sind zeichnerisch begabt. Der Araber der saudischen Karikatur ist meist grundhässig und gleichzeitig unverkennbar arabisch und sehr typisch. Im Vergleich dazu nimmt sich das Araberbild westlicher Karikaturen harmlos aus. Die Karikaturen in der saudischen Presse sind groteske Zerrbilder, aber Zerrbilder, die von der Realität ausgehen und nicht von der Phantasie. Die Zeit der überempfindlichen Blasiertheit scheint vorbei, an Minderwertigkeitskomplexen leidet die neue Generation offensichtlich nicht mehr.

Auch im akademischen Bereich zeigt sich anstelle von apologetischer Selbstherrlichkeit immer häufiger auch bemerkenswerte Qualität.

Juristen im Einsatz für die Menschenrechte

Die sich allmählich abzeichnende Ausgewogenheit im Denken und Handeln wird wohl auch im Bereich der Menschenrechte nicht ohne Auswirkungen bleiben. Ein um die Verteidigung der Menschenrechte bemühter pan-arabischer Juristenverband stiess noch 1987 bei sämtlichen arabischen Regierungen auf Ablehnung. Inzwischen ist er aber in mehreren Staaten aktiv geworden.

Der zum «Tag der Menschenrechte in der arabischen Welt» erklärte 18. Januar wird zwar nirgendwo offiziell begangen, doch die Zahl der inoffiziellen Würdigungen nimmt zu. Am 18. Januar 1985 wurde in Khartum der muslimische Befreiungstheologe und Friedensapostel *Mahmud M. Taha* öffentlich gehängt. Der damals herrschende Militärdiktator *Numeiri* hatte den 77jährigen «afrikanischen Gandhi» als «Aufrührer

und Gottesfeind» aburteilen lassen. Seither gedenkt man Mahmud Tahas als *shahid al-fikr*, als «Märtyrer der Gedankenfreiheit».

Paradoxerweise hat sich gerade im Sudan die Menschenrechtssituation verschlechtert, so dass dieses Land zurzeit sogar diesbezüglich noch eine Stufe unter dem Irak steht (soweit das überhaupt möglich ist). Die im Auftrag der *Nationalen Islamischen Front* herrschende Militärdiktatur des «Generals» *Omar El Beshir* schreckt nicht vor Folterungen und willkürlichen Hinrichtungen zurück und versklavt ganze Stammesgruppen. Sie ist verantwortlich für das Aushungern ganzer Regionen als Mittel der Kriegsführung gegen den aufständischen Süden, wodurch gegenwärtig neun Millionen Menschen vom Hungertod bedroht sind.

Anderswo haben sich jedoch bezüglich Menschenrechten Verbesserungen ergeben, speziell in der Behandlung politischer Gefangener: in Jordanien und Ägypten, in Tunesien und Algerien, aber auch in Marokko. In Mauretanien, Libyen, Syrien und im Irak würde die Gewährung grösserer Freiheiten unweigerlich zum Sturz der Regime führen. Insofern ist dort jede Verbesserung der Menschenrechtssituation von Regierungswechseln abhängig.

Wichtig ist, dass endlich auch Juristen auf die Barrikaden gestiegen sind. Arabische Literaten kämpfen schon seit vielen Jahren für mehr Demokratie. Der ägyptische Nobelpreisträger *Nagib Mahfuz* verhielt sich sogar *Nassers* anfänglich sehr populärer Revolution gegenüber von Anfang an ablehnend. Die Werke des beissend-kritischen Marokkaners *Driss Chraïbi* liegen in seiner Heimat überall auf, – mit Ausnahme seiner vor 12 Jahren verfassten Satire «*Une enquête au pays*». An Roman-

schriftstellern und Poeten mit mutigem Engagement fehlt es also nicht, auch nicht an Sängern, welche mit ihren politisch-satirischen Chansons in Frankreich auf dem Schallplattenmarkt viel Erfolg haben.

In Indien und Pakistan stellen in der Regel Rechtsanwälte die Vorhut politischer Erneuerungsbewegungen. In den arabischen Staaten haben es die Reformer schwerer. Der vielleicht bekannteste Menschenrechtler aus der arabischen Welt, der Sudanese *'Abdullahi A. An-Na'im*, muss seit Jahren als Gastprofessor im Exil leben: in den USA, in Norwegen, in Deutschland, in Kanada, und heute in Schweden.

1982 leiteten die algerischen Stanwälte *Ali Mecili* und *Leila Ounajdala* ein von der *Schweizer Liga für Menschenrechte* in Genf abgehaltenes Hearing über Menschenrechtsverletzungen in Iran. 1987 wurde Mecili vor der Tür seiner Pariser Wohnung ermordet. Er war auch der Promotor einer algerischen «Bewegung zur Wiederherstellung der Demokratie». Inzwischen sind aber An-Na'im und Mecili keine Einzelpersonen mehr, sondern Leitfiguren.

Wesentliche Gegensätze zwischen Islam und Islamismus

In Ägypten, Algerien, Syrien und Tunesien, im Irak und in Yemen definierten sich die unpopulären Staatsparteien als sozialistisch. Das könnte den Islam-Parteien zugute kommen. Besonders in Ägypten und Jordanien, aber auch in Tunesien und sogar in Algerien sieht es so aus, als könnte sich eine *Muslimdemokratie* bilden, analog zu den Christdemokraten in europäischen Staaten. Voraussetzung ist allerdings, dass es gelingt, die radikalen *Islamisten* (Befür-

worter eines ideologischen Staates auf der Grundlage des Fundamentalismus) zu isolieren.

Khomeinis Anhänger haben sich lange Zeit über den Ruf nach Demokratie lustig gemacht und zu gewaltsamen Umstürzen aufgerufen. Dadurch gerieten sie ins Hintertreffen und stellen nur noch kleine Minderheiten unter den Islamisten dar. Neuerdings besteht ihre Taktik darin, im Strom mitzuschwimmen und auf eine günstige Gelegenheit zur Kursänderung zu warten. Obwohl das wenig aussichtsreich erscheint, erschwert es doch den Entwicklungsgang der moderaten Islamisten, von denen es viele mit ihrem Bekenntnis zur Demokratie ernst meinen.

Nur wenige Algerier oder Jordanier sind Islamisten. Die meisten Menschen der Region sind bekennende und auch praktizierende Muslims, d. h., sie sind Traditionalisten, aber keine Fundamentalisten. Vorrangiges Gebot ist für sie nicht die Schaffung eines «theokratischen» (totalitären) Staates, sondern eine Lebensführung gemäss der Tradition und nach religiösen Wertvorstellungen. Das Verlangen nach einer politischen Wachablösung ist jedoch so stark, dass viele heute den Islamisten ihre Stimme geben. Vielerorts lautet

deshalb die grosse Frage: Werden die Islamisten sich an die Spielregeln halten und sich als *Muslimdemokraten* aufführen, wie ihre Sprecher versichern, oder werden sie sich als eine regionsspezifische Form des Faschismus entpuppen?

Der Islamismus ist stets im wesentlichen eine Reaktion gewesen, wie schon der Name besagt: eine Reaktion auf den Kommunismus und den Liberalismus, gleichzeitig auch eine Reaktion auf den britischen Kolonialismus und den Zionismus. Seitdem nun aber der Islamismus zu einer selbständigen Heilslehre geworden ist (die mit der islamischen Religion im herkömmlichen Sinn kaum mehr als die Terminologie gemein hat), bricht er an inneren Widersprüchen auseinander. Das befreit die im ethischen Sinn islamisch eingestellten Kräfte aus der Umklammerung durch die Radikalen. Mit anderen Worten, die Demokratie ist auch unter dem Banner des Islams in den arabischen Staaten nicht ohne Zukunftsaussichten.

In Ägypten, Algerien und Tunesien sind die Würfel bereits gefallen, insofern, als sich die moderat islamischen (d.h. im eigentlichen Sinne religiösen) und demokratisch gesinnten Parteileute von den Fundamentalisten getrennt haben.

Khalid Durán